

Industriegipfel in Antwerpen

Energie- und Grundstoffwirtschaft fordert eine Agenda für Kohlenwasserstoffe

Anlässlich des Europäischen Industriegipfels in Antwerpen fordert die Energie- und Grundstoffwirtschaft rasche politische Entscheidungen, um die Versorgungssicherheit, bestehende Wertschöpfungsketten und Arbeitsplätze hierzulande und in Europa zu sichern.

„Raffinerien und Kraftstoffimporte sind essenziell für Energieversorgung, Verteidigung, Mobilität und industrielle Wertschöpfung“, so Prof. Christian Küchen, Hauptgeschäftsführer beim en2x – Wirtschaftsverband Fuels und Energie. „Umso wichtiger ist es daher, dass EU und nationale Regierungen die strategische Bedeutung der Branche anerkennen und mit den richtigen Weichenstellungen die bestehenden Standorte sichern. Denn momentan befindet sich die Raffinerie- und Kraftstoffwirtschaft in einer kritischen Phase.“

Liana Gouta, Generalsekretärin des europäischen Dachverbands der Mineralölwirtschaft in der Transformation, FuelsEurope, hat darum an sämtliche Staats- und Regierungschefs in der EU appelliert, die Branche „als das anzuerkennen, was sie ist: eine strategische Industrie, ein Pfeiler von Europas Wirtschaft, Sicherheit und Souveränität“. Man rufe die Staats- und Regierungschefs auf, „Führung zu zeigen, mutige Entscheidungen zu treffen – einschließlich der Einrichtung eines strategischen Dialogs für unsere Industrie – und jetzt zu handeln, um diese Transformation in Europa zu verankern“, so Gouta in dem Appell, der von en2x unterstützt wird. Zu den Adressaten gehört auch Bundeskanzler Friedrich Merz.

Seit 2009 wurden europaweit 35 Raffinerien geschlossen, was zu einem Kapazitätsrückgang von 20 Prozent führte. Hohe Energiepreise, steigende CO₂-Kosten, wachsender regulatorischer Aufwand und fehlende Technologieneutralität erschweren Investitionen und gefährden die industrielle Basis Europas. Küchen: „Wir stimmen mit den Forderungen von FuelsEurope überein. Gerade in Deutschland ist insbesondere eine Senkung der Energie- und CO₂-Kosten, eine Vereinfachung der Regulierung, weniger Bürokratie, und eine klare Zukunftsperspektive für erneuerbare, molekuläre Energieträger und Grundstoffe notwendig. Darum brauchen wir eine bundesweite Kohlenwasserstoffagenda – nicht nur als industrie-politisches Signal, sondern auch für schnelle, konkrete Verbesserungen der Investitionsbedingungen.“

[Den Appell im englischen Wortlaut finden Sie hier](#)